



Interessengemeinschaft
Bahnprotest an Ober- und Hoch-Rhein

Medieninformation

21. Juni 2009

IG-BOHR: Spitzengespräch muss bis zum 1. September stattfinden

FREIBURG/OFFENBURG. Das erste Spitzengespräch zwischen dem Land, dem Bund und der Bahn zum Ausbau des dritten und vierten Gleises zwischen Offenburg und Weil muss noch vor den Bundestagswahlen geführt werden. Diese Forderung vertritt die Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hoch-Rhein (IG BOHR) nach einem Gespräch mit dem baden-württembergischen Innenminister Heribert Rech in Stuttgart. Bei dem Gespräch mit den IG-BOHR-Vertretern Roland Diehl, Adalbert Häge, Dietmar Kraske und Manfred Wahl hatte Rech die Bereitschaft der Landesregierung zu einem sofortigen Treffen mit Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee und dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Rüdiger Grube, erklärt. Ziel des Gesprächs soll es sein, die sechs Kernforderungen von „Baden 21“ zur Grundlage einer Neuplanung für die Güterzugtrasse am Oberrhein zu machen.

Die IG-BOHR-Vertreter machten den Minister auf einen zunehmenden Unmut am Oberrhein über die Verzögerung dieses Gesprächs aufmerksam. Für Unmut Sorge auch, dass gleichzeitig die Offenlage- und die Erörterungstermine ungestört weiterlaufen würden. Das spiele nur den Interessen der Bahn in die Hände.

Mit Sorge sieht die IG BOHR, dass aufgrund von Verlautbarungen von verschiedenen Seiten, ein öffentlicher Streit um die Bedingungen ausgebrochen sei, unter denen ein Bahngipfel stattfinden könne. Aus Sicht der IG BOHR kann das nur zu weiteren unzumutbaren Verzögerungen führen. In Briefen an den Bundesverkehrsminister, den baden-württembergischen Ministerpräsidenten und den Bahn-Vorstandsvorsitzenden hat IG BOHR deswegen die gemeinsame Verantwortung von Bund, Land und Bahn an der derzeitigen inakzeptablen Bahnplanung in Erinnerung gerufen. Alle drei hätten entweder durch eine längst überholte Gesetzgebung, durch raumordnerische Vorentscheidungen und die Planungsdurchführung zu inakzeptablen Ergebnissen beigetragen und hätten das auch gemeinsam wieder zu sanieren. Auf der soliden Grundlage von „Baden 21“ fordert die IG BOHR daher die am Planungs-

geschehen Beteiligten zu unverzüglichem Handeln auf. Konkret fordern die Bürgerinitiativen:

- Umgehende vorbereitende Fachgespräche mit Vertretern der drei Planungsverantwortlichen. Dank IG BOHR, der oberrheinischen Kommunen und Landkreise und Regionalverbände seien Planungsunterlagen von bester Qualität vorhanden.
- Ein erstes Spitzengespräch nach Abschluss der Fachgespräche. Für die anstehende Finanzierungsdebatte gilt aus Sicht der IG BOHR: Bei der Verantwortung der drei Gesprächsbeteiligten an der vorliegenden Planung haben sich auch alle drei Beteiligten an der Finanzierung möglicher Mehrkosten zu beteiligen. Mit den Vereinbarungen zu „Stuttgart 21“ und zum „Rüdesheimer Tunnel“ liegen Finanzierungsmodelle vor, die für den Oberrhein variiert werden können.
 - Das erste Spitzengespräch muss vor den Bundestagswahlen geführt sein – am besten noch im Juli, spätestens aber bis zum 1. September. Eine Verschiebung über diesen Termin hinaus werde die oberrheinische Bevölkerung ebenso wenig akzeptieren wie ein Scheitern des Spitzengesprächs an der Finanzierungsfrage.

Die IG BOHR lässt außerdem keine Zweifel am Willen zum Widerstand der Bevölkerung: Das Volk am Oberrhein sei darin erprobt, im Geist der „13 Forderungen des Volkes“, von 1847 für seine elementaren Lebensinteressen einzustehen.

Bildunterschrift: Die Vertreter der IG BOHR überreichen Innenminister Rech einen Briefbeschwerer: „Bitte gleich bearbeiten, damit Vorgang nicht im Museum landet“. Von links nach rechts: Manfred Wahl (Offenburg), Roland Diehl (Bad Krozingen), Heribert Rech, Adalbert Häge (Freiburg), Dietmar Kraske (Mahlberg-Orschweier).

Ansprechpartner für weitere Informationen:

Manfred Wahl
Sprecher der IG BOHR
Vorsitzender der Bürgerinitiative
Bahntrasse e.V. Offenburg
Telefon: 0781/9360038
wahl-manfred@web.de